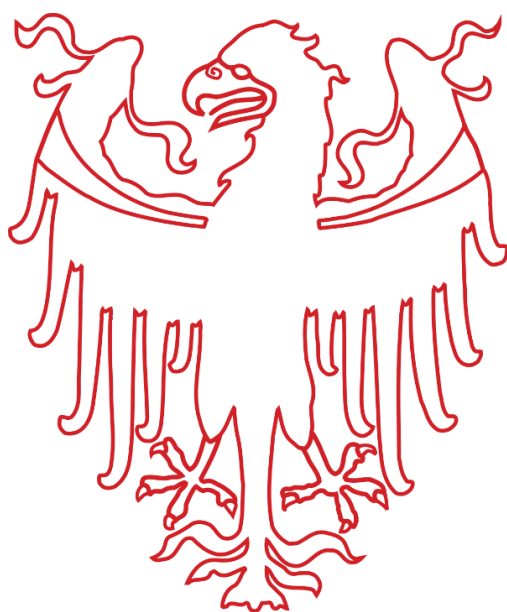


Haushaltsrede 2026

Rede von Landeshauptmann Arno Kompatscher



Bozen,
Südtiroler Landtag,
am 2. Dezember 2025

(ES GILT DAS GESPROCHENE WORT)

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Vizepräsident,
sehr geehrte Abgeordnete zum Südtiroler Landtag,
Hohes Haus!

Fleiß, Unternehmergeist und eine vorausschauende Finanzpolitik haben Südtirol zu dem gemacht, was es heute ist. Diese Werte sind Basis für eine positive Wirtschaftsentwicklung. Für das kommende Jahr können wir wiederum auf einen soliden Haushalt bauen: 8,76 Milliarden Euro stehen 2026 zur Verfügung. Das sind 626 Millionen mehr als vergangenes Jahr. **Damit sind wir in der Lage, alle notwendigen öffentlichen Leistungen weiter zu finanzieren und gleichzeitig neue Schwerpunkte zu setzen – für ein sozial-gerechteres, lebenswerteres und wieder leistungsfähiges Südtirol.**

Damit sind wir in der Lage, alle notwendigen öffentlichen Leistungen weiter zu finanzieren und gleichzeitig neue Schwerpunkte zu setzen – für ein sozial-gerechteres, lebenswerteres und wieder leistungsfähiges Südtirol.

Doch selbst der umfangreichste Haushalt wäre wohl nur halb so viel wert, wenn wir nicht eigenständig darüber entscheiden könnten. Erst unsere Autonomie gibt uns die Möglichkeit, eigene Prioritäten zu setzen und die Mittel dort einzusetzen, wo sie am dringendsten gebraucht und am wirkungsvollsten genutzt werden.

Tief in der wechselvollen Geschichte unseres Landes verwurzelt, entstand die Autonomie als Schutzinstrument für die sprachlichen und kulturellen Minderheiten. Gleichzeitig eröffnet sie uns die Möglichkeit, eigenständig Entscheidungen zu treffen, nach unseren eigenen Regeln zu handeln und die Entwicklung unseres Landes selbst zu gestalten. Diesen Gestaltungsspielraum verdanken wir einerseits den autonomen Gesetzgebungskompetenzen und andererseits den

Finanzregelungen mit Rom. Beides sind zentrale Pfeiler unserer Autonomie und müssen immer wieder aufs Neue verhandelt und den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden.

Mit dem Sicherungspakt im Jahr 2014 wurde erreicht, dass der Geldfluss umgedreht wurde und seitdem 90 Prozent der Steuereinnahmen im Land bleiben. Zudem wird seitdem garantiert, dass Rom nur im gegenseitigen Einvernehmen Änderungen an der Steuerpolitik vornehmen kann, die direkte Auswirkungen auf unseren Haushalt haben würden. Dieser Mechanismus kommt aktuell wieder zum Tragen: Die angekündigte IRPEF-Steuerreform der römischen Regierung ist zu begrüßen, weil sie auch für unsere Bürgerinnen und Bürger steuerliche Vorteile bringt – aber gleichzeitig würden sich die entsprechenden Mindereinnahmen zu 90 Prozent auf den Haushalt auswirken.

Die zumindest teilweise Kompensation dieser Ausfälle war bereits mehrmals Gesprächsthema in Rom mit Finanzminister Giancarlo Giorgetti, welcher einer Ausgleichzahlung bereits zugestimmt hat. **Der Sicherungspakt zeigt somit einmal mehr seine Wirkung und garantiert unserem Land weiterhin Rechts- und Planungssicherheit.** Und in Bezug auf die angekündigte IRPEF-Reform profitieren unsere Bürgerinnen und Bürger auf diese Weise gleich zwei Mal: Einerseits zahlen sie weniger Steuern, und auf der anderen Seite bleiben die verfügbaren Mittel für öffentliche Leistungen trotzdem auf hohem Niveau.

Dass unsere Autonomie auch in anderen Bereichen kontinuierlich und dynamisch weiterentwickelt werden muss, verdeutlicht die **aktuelle Autonomiereform**. Es geht dabei um sechs zentrale Bereiche: erstens, um die Wiederherstellung autonomer Zuständigkeiten, die eingeschränkt wurden. Dazu gehören unter anderem die Bereiche Raumordnung, Landespersonal, öffentliche Arbeiten und Dienste. Zweitens, um neue „ausschließliche“ Zuständigkeiten wie Schutz der Umwelt, Wildtiermanagement und Handel. Drittens, die Reduzierung der Schranken für unsere autonome Gesetzgebung: Die Begrenzung durch grundlegende Normen der wirtschaftlich-sozialen Reformen der Republik wird abgeschafft und beachtet werden müssen nunmehr nur noch die „allgemeinen Grundsätze“ der Republik. Viertens, eine Präzisierung der Funktion der Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut für die Weiterentwicklung der Autonomie. Fünftens, Flexibilisierungen bei der Ansässigkeitsklausel für die Ausübung des Wahlrechts sowie bei der Zusammensetzung der Landesregierung und der Gemeindeausschüsse.

Und sechstens – das in meinen Augen wichtigste Element zur Absicherung unserer Autonomie – die Einvernehmensklausel, oder präziser: die **Autonomieniveausicherungsklausel**. Diese verfassungsrechtliche Schutzklausel garantiert, dass künftige Änderungen des

Autonomiestatuts die Zustimmung des Regionalrats und beider Landtage brauchen und damit das anerkannte Autonomieniveau nicht unterschritten werden kann. Somit erhält Südtirols Autonomie – zusätzlich zum völkerrechtlichen Schutz, welcher durch die mit der Regierung vereinbarte Übermittlung des Verfassungsgesetzentwurfs an Österreich nach der ersten Lesung im Parlament sogar gestärkt wird – erstmals auch einen Schutz im innerstaatlichen Verfassungsrecht.

Der Iter eines solchen Verfassungsgesetzes ist bekanntlich langwierig und nicht ohne Hürden. Einige der größten wurden bereits überwunden und nun liegt der Entwurf, nach der bereits erfolgten ersten Lesung in der Abgeordnetenkommission, zur Genehmigung beim Senat. Im Anschluss wird der Text an Österreich übermittelt, bevor dieser in zweiter Lesung in beiden Kammern des Parlaments behandelt wird.

Bevor wir uns den konkreten Zahlen und Maßnahmen des Haushalts widmen, möchte ich den Blick kurz weiten: Südtirol ist nicht isoliert, sondern eingebettet im europäischen Kontext. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind groß – und sie betreffen ganz Europa ebenso wie uns. Der demografische Wandel stellt unser Gesundheits- und Pflegesystem bereits heute auf die Probe. Im gesamteuropäischen Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte kämpfen wir darum, junge Menschen im Land zu behalten. Die Auswirkungen des Klimawandels werden von Jahr zu Jahr deutlicher. Die Digitalisierung ist Chance und Risiko zugleich. Und globale Konflikte verunsichern die weltweite Wirtschaftslage und somit auch unsere Betriebe.

Dazu kommen noch steigende Preise und die sinkende Kaufkraft. Viele Menschen fühlen sich der hohen Inflation ausgeliefert. In vielen Bereichen hinken Löhne und Pensionen den Preissteigerungen hinterher, und viele müssen schauen, wie sie ans Monatsende kommen. Wir wissen: Eine Gesellschaft ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Erst wenn es den Schwächsten gut geht, geht es uns allen gut. **Die Haushaltsplanung des kommenden Jahres steht daher ganz im Zeichen der sozialen Gerechtigkeit, für ein leistbares und lebenswertes Südtirol.**

Erst wenn es den Schwächsten gut geht, geht es uns allen gut.

Unsere heimische Wirtschaft arbeitet gut und trägt wesentlich zum Wohlstand in unserem Land bei. So konnte sich Südtirol nach dem coronabedingten Einbruch im Vergleich mit benachbarten Ländern besser und schneller erholen. Unsere **Wirtschaftsleistung** wächst

und dies schlägt sich in einem konstant steigenden Brutto-Inlandsprodukt nieder, welches prozentuell stärker angestiegen ist als jenes von Deutschland, Österreich oder Italien.

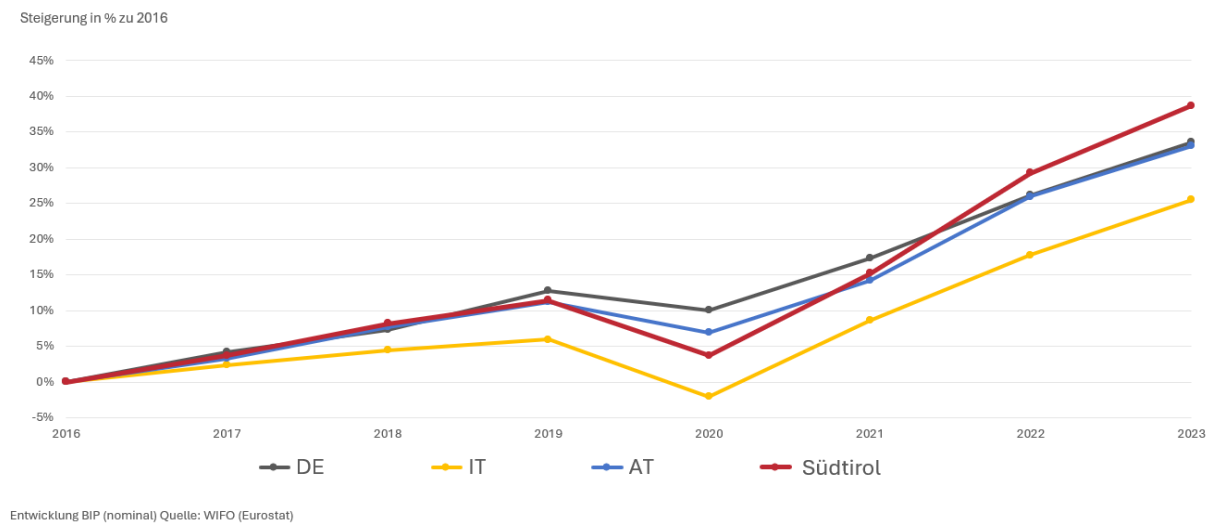


Abbildung 1 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Ländervergleich Deutschland, Italien, Österreich und Südtirol (Landespresseagentur, 2025)

Bezogen auf das Jahr 2024 verzeichnen Italien und auch Südtirol ein mäßiges, aber positives BIP-Wachstum von +0,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wohingegen Österreich (-1,0 %) und Deutschland (-0,5 %) zum zweiten Mal in Folge einen Rückgang des BIP aufweisen. Die Schätzungen für 2025 gehen davon aus, dass Italiens Wirtschaft mit einem BIP von +0,6 Prozent weiter leicht wachsen wird, für Österreich und Deutschland wird weiterhin ein Rückgang des BIP erwartet. Für Südtirol geht die aktuelle Schätzung von einem BIP-Wachstum von +0,7 Prozent aus.¹

Diese positive Entwicklung bestätigt auch der Vergleich mit anderen europäischen Regionen. Betrachtet man das Bruttoinlandsprodukt gerechnet pro Einwohner so liegt Südtirol auf Platz 13 der NUTS-3-Regionen – wobei die Ränge darüber von großen Metropolregionen wie Luxemburg, Prag, Brüssel, Hamburg, Oberbayern, Budapest oder der Ile-de-France belegt sind².

¹ ASTAT (2025): BIP und Konsumausgaben der privaten Haushalte 2024-2026 - Aktualisierte Schätzungen und Prognosen. Online unter <https://astat.provinz.bz.it/de/publikationen/bip-und-konsumausgaben-2024-2026-aktualisierte-schaetzungen-und-prognosen>

² Eurostat (2025): Gross domestic product (GDP) at current market prices by NUTS 3 region. Online unter https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nama_10r_3gdp_custom_15402261/bookmark/table?lang=en&bookmarkId=6d5487f1-2000-4bce-a115-94e6a258adde&c=1739789750295

GDP per inhabitant, 2023

(purchasing power standard (PPS), by NUTS 3 regions)

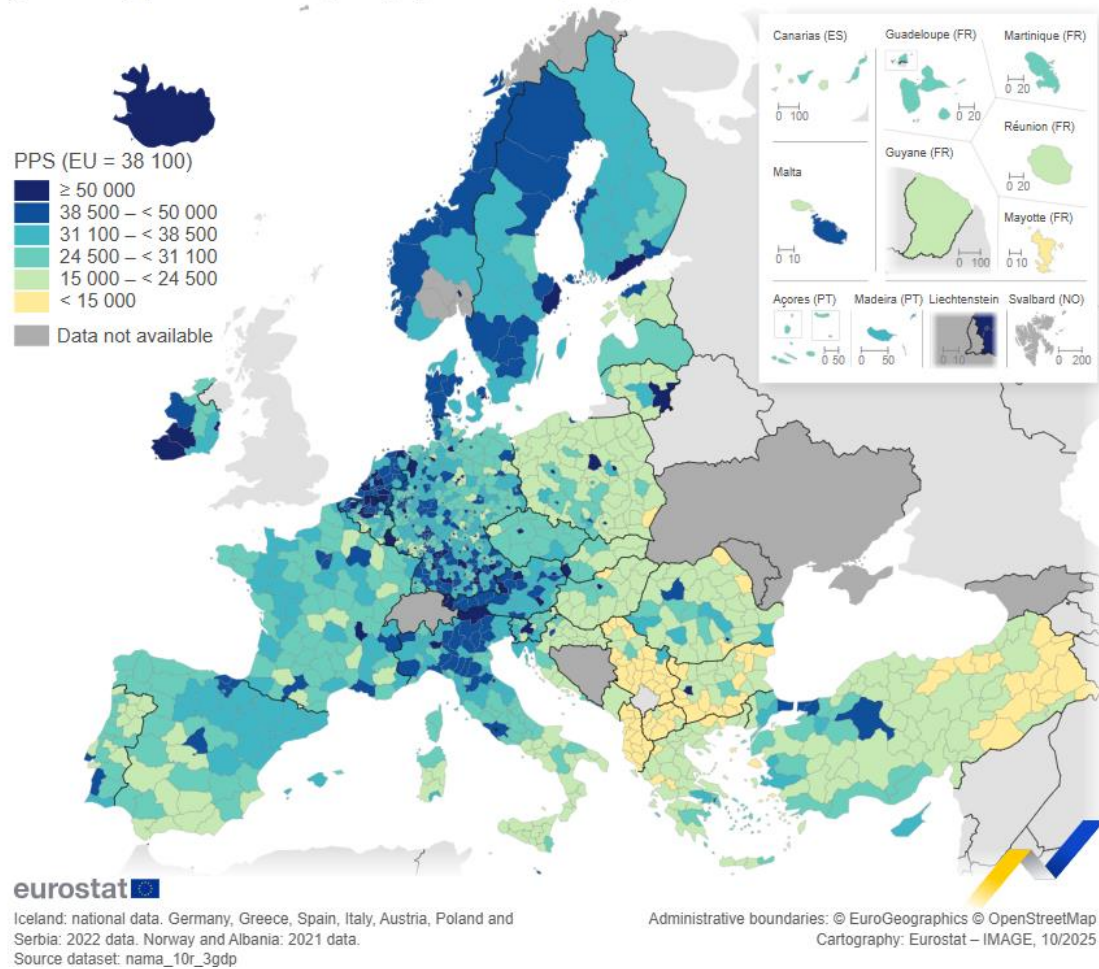


Abbildung 2 Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2023 (Eurostat, 2025)

Doch diese positiven Wirtschaftsdaten reichen nicht aus, um die reale Lebenssituation in Südtirol zu beschreiben. Es genügt nicht, allein die ökonomische Leistung unseres Landes zu betrachten. Es braucht weitere Indikatoren, um ein umfassenderes Bild zu erhalten. Der Indikator für Armutsgefährdung oder soziale Ausgrenzung beispielsweise, gibt Aufschluss über den Anteil der Gesamtbevölkerung, der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht ist. Hierbei weist Südtirol im EU-weiten Vergleich mit 6,6 Prozent das geringste Risiko für Armut oder soziale Ausgrenzung auf³ und ist damit eine der 26 Regionen, welche einen Wert von unter 12,5 Prozent in diesem Bereich verzeichnet.

³ Eurostat (2025): At risk of poverty or social exclusion: regional divide. Online unter <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20251017-2>

People at risk of poverty or social exclusion, 2024

(%, by NUTS 2 regions)

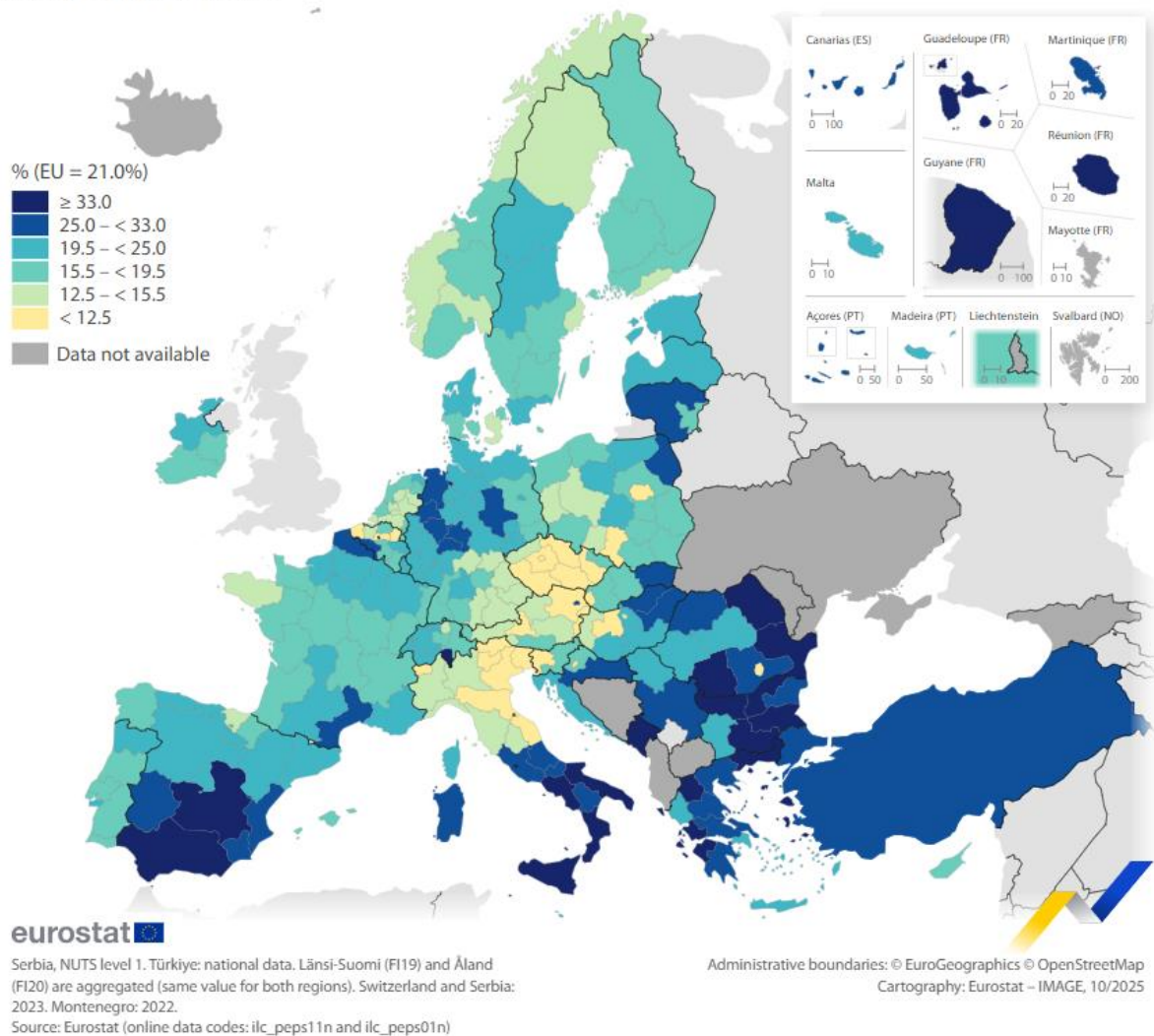
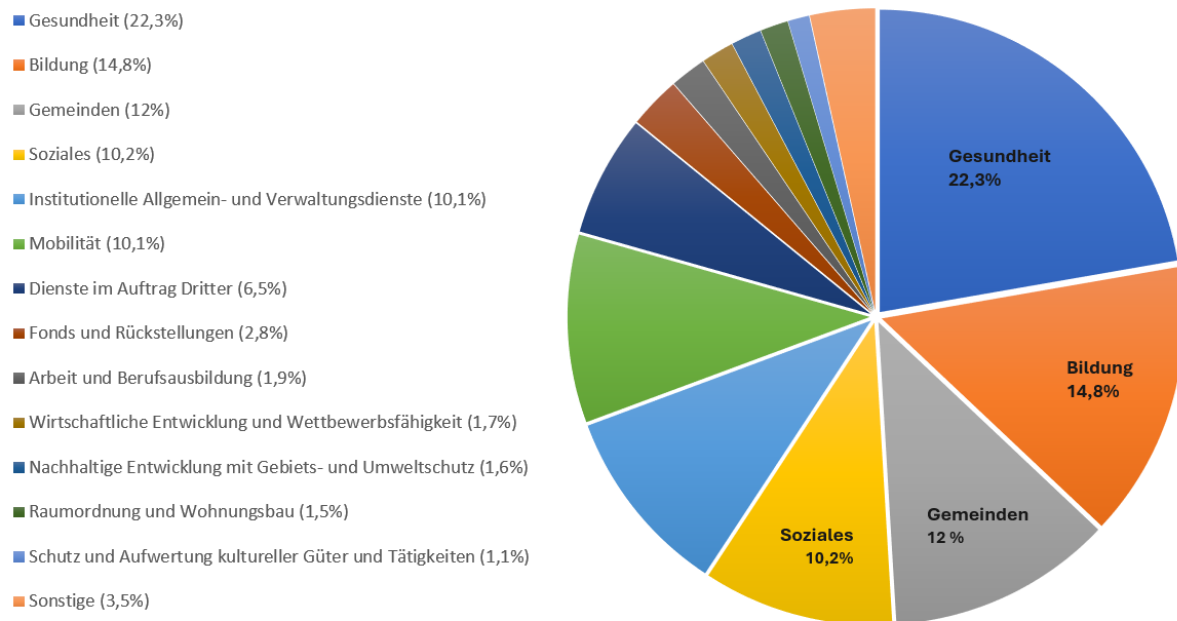


Abbildung 3 Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung der NUTS 2 Regionen in Europa im Jahr 2024 (EUROSTAT, 2025)

Im Umkehrschluss bedeutet das aber nicht, dass sich jeder und jede ein gutes Leben leisten kann, denn wirtschaftliche Ressourcen sind auch bei uns nicht gleichmäßig verteilt.

Wir sind uns der verantwortungsvollen Aufgabe, diesen Wohlstand gerechter zu verteilen, mehr als bewusst. Mit diesem Haushalt setzen wir daher gezielt Schwerpunkte für eine nachhaltige und sozialgerechte Zukunft unseres Landes. **Die umfangreichsten Bereiche sind hierbei Gesundheit, Bildung, Soziales, Wohnen und die Gemeinden.**



*Abbildung 4 Prozentuelle Verteilung der Mittel des Haushaltsvoranschlags für das Jahr 2026
(Landespresseagentur 2025)*

Angefangen bei jenen, die unser Land aufgebaut und zu dem gemacht haben, was es heute ist: die **Seniorinnen und Senioren**. Ihre staatlichen Pensionen reichen oft nur mehr für das Nötigste, und manchmal nicht einmal mehr für das. Die Einführung der **Unterstützungsleistung für Über-65-Jährige** war in diesem Sinne ein Türöffner. In enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Patronaten – und hier möchte ich allen Beteiligten meinen herzlichen Dank aussprechen – kann im Dezember 2025 die erste Auszahlung der Beiträge erfolgen.

Anfang des Jahres waren wir mit einer Schätzung von 16.000 Personen, welche für die Förderung in Frage kommen, gestartet. Anspruchsberechtigt waren und sind dabei Personen, die ein geringes Einkommen aus Früh-, Invaliditäts-, Alters- oder Hinterbliebenenrente der NISF/INPS, eine Hausfrauenrente, eine Sozialrente, Sozialgeld oder eine Rente für Zivilinvaliden oder Blinde beziehen und den ISEE-Schwellenwert von 20.000 Euro nicht überschreiten. Bis zum Ablauf der Frist der Einreichung der ISEE-Erklärungen Ende September sind rund 3.000 Ansuchen eingetroffen. Diese Personen erhalten nun automatisch über die INPS/NISF einen jährlichen Beitrag, der so berechnet wird, dass Anspruchsberechtigte über einen Monatsbetrag von insgesamt 1.000 Euro brutto verfügen können.

Dass die Anzahl der Ansuchen weit unter den ursprünglichen Schätzungen liegen, hat uns selbst überrascht. Zwar deutet dies einerseits darauf hin, dass doch mehr Personen als

angenommen, über den bis dato festgelegten Schwellenwerten liegen – doch gleichzeitig gibt es viele Seniorinnen und Senioren, die aus verschiedensten Gründen durchs Raster gefallen sind. Wir werten dies als klaren Auftrag, das System weiterzuentwickeln, auszubauen und die Kriterien zu verfeinern.

Der soziale Zusammenhalt macht uns in Südtirol stark und resilient. Mit insgesamt über 700 Millionen Euro für den **Sozialbereich** investieren wir daher in Pflege, Inklusion und Unterstützung der Schwächsten. So sollen kommendes Jahr erste Modelle einer Pflegeversicherung als Ergänzung zur uneingeschränkt weiterzuführenden Pflegesicherung erarbeitet, die Wartezeiten der Pflegeeinstufung weiter reduziert und das Angebot zur Unterstützung pflegender Angehöriger ausgebaut werden. Weitere Schwerpunkte sind die Sicherung der häuslichen und stationären Pflege sowie der Ausbau von Demenzzentren und Entlastungsdiensten. Durch die Umsetzung der neuen Kollektivverträge erfahren die Sozial- und Pflegeberufe die seit langem geforderte deutliche Aufwertung.

Die Inflation und die steigenden Preise stellen auch viele Familien vor große Herausforderungen. Als zentralen Schwerpunkt haben wir daher die Unterstützung der **Familien** definiert: um die 80 Millionen Euro stehen im Haushaltsvoranschlag für die verschiedenen Formen der Familiengelder, wie das Landeskindergeld und das Landesfamiliengeld, bereit. **Denn Investitionen in Familien und Kinder sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes.**

Hauptaugenmerk wurde auf die Stärkung des Mittelstandes und die Inflationsanpassung der Beiträge gelegt. So wurden die Mittel für das Landeskindergeld für das kommende Jahr um 10 Millionen erhöht. Damit können der ISEE-Schwellenwert angehoben, die Monatsbeiträge pro Kind erhöht und eine zusätzliche ISEE-Wertklasse eingeführt werden.

Konkret sind das für die Familien ab Jänner 2026 folgende Änderungen: Wer eine ISEE-Erklärung von bis zu 15.000 Euro aufweist, erhält künftig 76 Euro pro Kind und pro Monat – bisher waren es 70 Euro. Neu eingeführt wird eine zusätzliche ISEE-Klasse: Wer einen ISEE-Wert von 15.000,1 Euro bis zu 30.000 Euro aufweist erhält einen Monatsbeitrag von 68 Euro. Bisher fiel diese ISEE-Klasse in jene, die einen Beitrag von 55 Euro bezogen hat. Familien, deren ISEE-Wert zwischen 30.000,1 Euro und 46.000 Euro liegt, beziehen künftig 60 Euro Landeskindergeld. Bisher hatte der maximale Schwellenwert bei 40.000 Euro gelegen.

ALTES MODELL		NEUES MODELL		Variation	Gesamtbetrag
Monatliche Beiträge pro minderjähriges Kind				pro Monat	pro Jahr
ISEE-Wert € 0,00 – € 15.000,00	70,00€	ISEE-Wert € 0,00 – € 15.000,00	76,00€	+6,00€ /Monat	912,00 € (+72,00€ /Jahr)
ISEE-Wert € 15.000,01 – € 40.000,00	55,00€	NEU: ISEE-Wert € 15.000,1 – € 30.000,00	68,00€	+13,00€ /Monat	816,00 € (+156,00€ /Jahr)
		ISEE-Wert € 30.000,1 – € 46.000	60,00€	+5,00€ /Monat	720,00 € (+60,00€ /Jahr)
ISEE-Wert € 40.000,01 –46.000,00	0,0€	NEU: ISEE-Wert bis € 46.000,00	60,00€	+60,00€ / Monat	720,00€ (+720,00€ /Jahr)

Abbildung 5 Neuerungen beim Landeskindergeld ab 1. Jänner 2026

Weiterhin in der bisherigen Form bestehen bleibt hingegen das Landesfamiliengeld, welches unabhängig von der wirtschaftlichen Lage der Familie ausbezahlt wird und sich auf 200,00 Euro pro Monat und pro Kind bis zum Eintritt in den Kindergarten beläuft. Konkret bedeutet dies, dass eine Familie mit einem ISEE-Wert von 22.000 Euro und zwei Kindern (2 und 5 Jahren) ab Jänner 2026 im Monat 200,00 Euro Landesfamiliengeld und 136,00 Euro Landeskindergeld erhält – und somit insgesamt 336,00 Euro pro Monat an Landesbeiträgen ausbezahlt bekommt. Das sind 26,00 Euro pro Monat mehr als bisher.

Die Einführung der neuen ISEE-Klasse erfolgte ganz im Sinne der sozialen Gerechtigkeit und soll vor allem jene Familien, die knapp über dem ISEE-Grenzwert von 15.000 Euro liegen, besser unterstützen. Ergänzt werden diese beiden Leistungen vom Landeskindergeld+ für Väter in Elternzeit, vom staatlichen einheitlichen Kindergeld und vom staatlichen Mutterschaftsgeld.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele junge Menschen bei der Familiengründung oder bei Familienzuwachs entscheidend. Denn die klassische Rollenverteilung, bei der ein Elternteil zu Hause bleibt, ist mittlerweile für viele Familien nicht mehr möglich beziehungsweise auch nicht mehr Ausdruck einer gleichberechtigten Partnerschaft. Als Land Südtirol wollen wir daher einerseits Familien finanziell entlasten – aber auch mit einem Ausbau der Betreuungsangebote unterstützen, wofür im kommenden Jahr 35 Millionen Euro bereitstehen.

Die Angebote der Kleinkindbetreuung werden in Südtirol sehr gut angenommen und von vielen Familien genutzt: Im vergangenen Jahr wurden landesweit knapp 6.000 Kinder im Alter zwischen drei Monaten und drei Jahren in Kinderhorten betreut. Im Jahr 2024 wurden zwölf neue Kitas

eröffnet, dieses Jahr kamen weitere fünf in Schnals, Karneid/Kardaun, Villnöß, Graun im Vinschgau und in Forst/Algund hinzu. Um den Familien und den Betreuungseinrichtungen weiter entgegenzukommen, haben wir die Qualitätskriterien und Finanzierungskriterien überarbeitet und vereinfacht sowie den Beitrag vonseiten der Eltern landesweit einheitlich gedeckelt.

Neben dem Bereich des Sozialen nimmt die **Gesundheit** den größten Anteil am Haushalt ein: 2,015 Milliarden Euro stehen kommendes Jahr bereit. **Gesundheit ist ein Grundrecht und darf nicht zum Luxus werden.** Deswegen investieren wir in öffentliche Krankenhäuser, Hausarztpraxen, Sprengel und ganz bewusst in unser Gesundheitspersonal. Wir wissen: Ohne Menschen, die pflegen, heilen und begleiten, gibt es kein funktionierendes System. Wir dürfen uns daher nicht nur in Zahlen verlieren und neue Strukturen bauen, sondern müssen die Menschen und deren Arbeit in den Vordergrund stellen.

Durch den demografischen Wandel werden immer mehr – vor allem ältere Personen – medizinische Betreuung benötigen. Damit allen eine angemessene Gesundheitsversorgung garantiert bleibt, soll diese künftig dezentral und so nahe wie möglich am Wohnort der Patientinnen und Patienten organisiert werden. Damit können auch langfristig die meist überfüllten und überforderten Notaufnahmen und Krankenhäuser entlastet werden.

So standen im Rahmen des gesamtstaatlichen Planes für Wiederaufbau und Resilienz (PNRR) Geldmittel für den Bau neuer wohnortnaher Strukturen bereit. Zehn Gemeinschaftshäuser werden südtirolweit in den Gemeinden Bozen, Brixen, Bruneck, Klausen, Neumarkt, Leifers, Meran, Naturns, Innichen und Sterzing errichtet. Neu im Programm dazugekommen sind zudem zwei weitere Gemeinschaftshäuser in Mals und Eppan. Hier sollen vor allem chronische kranke Personen wohnortnah in Betreuungspfaden versorgt werden. Speziell zur Entlastung der Krankenhäuser werden außerdem drei Gemeinschaftskrankenhäuser in Bozen, Neumarkt und Meran gebaut, in denen Menschen mit geringerem Betreuungsbedarf versorgt werden können, ohne dabei im Krankenhaus stationär aufgenommen werden zu müssen.

Die Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner sind als Vertrauenspersonen und erste Ansprechpartner ein zentraler Pfeiler der wohnortnahen Gesundheitsversorgung. Ihre Rolle wollen wir weiter stärken und unterstützen. So wurde dieses Jahr der erste Landeszusatzvertrag für die Allgemeinmedizin abgeschlossen, mit welchem die Rahmenbedingungen überarbeitet und die Grundlage für künftige Verhandlungen beschlossen wurden.

Um insbesondere die Pflegeberufe attraktiver zu gestalten, wurde im laufenden Jahr die 36-Stunden-Woche bei gleichbleibendem Gehalt und der Möglichkeit zur Leistung von Zusatzdiensten eingeführt. Ziel dabei ist es, den aktuellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine bessere Entlohnung beziehungsweise mehr Erholungszeiten zu bieten und zugleich neue Fachkräfte zu gewinnen.

Der Wettbewerb um Fachkräfte in den Pflegeberufen hat sich in den letzten Jahren deutlich intensiviert. Zwar sind aktuell im Gesundheitsbetrieb über 130 Stellen im Pflegebereich unbesetzt, doch ein Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre zeigt: Trotz der Herausforderungen durch die Corona-Krise und zahlreicher Pensionierungen konnte die Zahl der Mitarbeitenden stabil gehalten werden und in einigen Bereichen sogar gesteigert werden. So waren 2015 im Gesundheitsbetrieb 2.483 Stellen der Krankenpflege besetzt, im Jahr 2020 waren es bereits 2.845 und aktuell liegt die Anzahl der besetzten Stellen bei 2.908. Auch bei den Pflegehilfskräften zeichnet sich ein ähnliches Bild: 2015 waren rund 518 Stellen besetzt, 2020 um die 583 Stellen und aktuell liegt die Zahl bei 640 besetzten Stellen. Jahr um Jahr konnten daher konsequent mehr Stellen besetzt werden – doch dabei dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass zugleich auch der Bedarf immer weiter steigt. Die Besetzung von Stellen im medizinischen und pflegerischen Bereich bleibt daher eine der zentralen Herausforderungen, welcher wir weiterhin mit Investitionen und Maßnahmen in Ausbildung, Personalbindung und attraktive Arbeitsbedingungen begegnen müssen.

Dabei setzen wir auch bereits vor dem Einstieg ins Berufsleben an: Seit Einführung des erhöhten Taschengeldes für Studierende der Krankenpflege verzeichnet das Studium an der Claudiana wieder mehr Einschreibungen. Im akademischen Jahr 2024/25 zählte der Studiengang 115 neue Studierende – und somit so viele wie nie zuvor. Mit dem Start des Studiums „Medicine and Surgery“ haben wir endlich ein Studienangebot für angehende Ärztinnen und Ärzte in unserer Landeshauptstadt geschaffen. Erfolgreich umgesetzt wird auch die grenzüberschreitende Facharztausbildung nach österreichischem Modell an Südtirols Krankenhäusern: Aktuell absolvieren 214 angehende Medizinerinnen und Mediziner ihre Facharztausbildung in den Abteilungen unseres Gesundheitsbetriebes. Weitere 24 Ärztinnen und Ärzte befinden sich zurzeit in Facharztausbildung nach italienischem Modell.

In Südtirol erhalten alle, die sie benötigen, eine adäquate öffentliche Gesundheitsversorgung und niemand muss aufgrund der Wartezeiten auf eine dringende medizinische Versorgung verzichten.

Die Herausforderungen im Gesundheitsbereich sind groß und viele, aber lassen Sie mich eines ganz klar sagen: Ja, die Wartezeiten im Gesundheitsbetrieb sind in einigen Bereichen immer noch zu lang. Und ja, das Problem des Fachkräftemangels werden wir kurzfristig nicht lösen können. Aber eines müssen wir uns stets vor Augen halten: **In Südtirol erhalten alle, die sie benötigen, eine adäquate öffentliche Gesundheitsversorgung und niemand muss aufgrund der Wartezeiten auf eine dringende medizinische Versorgung verzichten.**

Den Abbau der Wartezeiten haben wir demnach auch als prioritäres Ziel im Regierungsprogramm festgehalten. Erste positive Ergebnisse wurden dank der Umsetzung eines gezielten Maßnahmenpakets erreicht. So konnte der größte Teil der Leistungen, sowohl im prioritären, aber auch im aufschiebbaren und programmierten Bereich, innerhalb der vorgesehenen Fristen angeboten werden. Möglich wurde dies durch den Ausbau der Leistungen, eine effizientere Organisation und die enge Zusammenarbeit innerhalb des Gesundheitsbetriebes und mit externen Partnern. Das ist kein Anlass für überschwänglichen Jubel – aber es zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg.

Gesundheit und soziale Sicherheit sind die Basis für ein gutes Leben. Doch ohne ein Zuhause, einen persönlichen Rückzugsort, kann keine Hoffnung auf eine gute Zukunft entstehen. Und Hoffnung ist letztendlich das, was uns Menschen antreibt, unser Bestes zu geben und an die Verwirklichung unserer Träume zu glauben. **Ein Zuhause ist daher mehr als ein Dach über dem Kopf: Es ist die Basis für alles andere – für Familie, Arbeit, Gesundheit und soziale Sicherheit.**

Angesichts steigender Miet- und Quadratmeterpreise sind die eigenen vier Wände in Südtirol in den letzten Jahren für viele zu einem unerreichbaren Ziel geworden. Und das hat weitreichende Folgen: Die hohen Wohnungskosten schrecken viele davon ab, wieder nach Südtirol zurückzukehren oder für einen Arbeitsplatz nach Südtirol zu ziehen. Und nicht zuletzt trifft es jene, die bereits hier leben: Südtirolerinnen und Südtiroler, deren Einkommen kaum ausreicht, um Miete oder Kreditraten zu stemmen.

Die Schaffung von mehr **leistbarem Wohnraum** ist eine der Prioritäten dieser Landesregierung. Im Regierungsprogramm ist dazu festgehalten:

„Neben der Weiterentwicklung, Durchforstung und teilweise Neuausrichtung der bewährten Förderinstrumente (Beiträge zum Bau, Kauf und zur Wiedergewinnung von Wohnungen, Bausparen) sollen vor allem Maßnahmen gesetzt werden, die das Angebot an Eigentums- und Mietwohnungen für die dauerhaft ansässige Bevölkerung erweitern, um ein Sinken der Preise zu erreichen“.⁴

2025 stand ganz im Zeichen der **Wohnreform**. Drei Ziele wurden damit verfolgt: Zum einen finanziell fördern und unterstützen, zum zweiten eine Vereinfachung der Verfahren und drittens die langfristige Schaffung von mehr Wohnraum für die ansässige Bevölkerung.

Um mehr Wohnungen auf den Miet- und Kaufmarkt zu bringen, war die Eindämmung der Kurzzeitvermietung eines der Hauptziele der Wohnreform. Dafür notwendig waren endlich klare Regeln für die Ausübung der Tätigkeit und vermehrte Kontrollen. Künftig müssen Personen, die Gästezimmer und Ferienwohnungen vermieten möchten, im Handelsregister oder in einem gleichwertigen Register eingetragen sein. Zudem müssen Vermietende eine angemessene fachliche Qualifikation nachweisen. Mit diesen strengeren Regeln schaffen wir den Anreiz, dass Wohnungen dem Langzeitmietmarkt zugeführt werden und letztendlich der hier ansässigen Bevölkerung zugutekommen.

Die Einschränkung der touristischen Vermietung war dabei nur ein Aspekt der Wohnreform. Mehr Wohnungen auf dem Markt sollten zwar langfristig zu einem größeren Angebot und niedrigeren Preisen führen – doch junge Personen und Familien brauchen bereits heute finanzielle Unterstützung. Ein erfolgreiches Modell, welches weiterentwickelt wurde, ist das **Bausparmodell**. Besonders junge Familien sowie Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus dem Ausland profitieren nun von der Einführung neuer Kriterien und besseren Zinssätzen. So wurden die notwendigen Beitragsjahre im Zusatzrentenfonds für Unter-36-Jährige reduziert und im gleichen Zuge der Zinssatz von 1,0 Prozent auf 0,7 Prozent gesenkt. Wer zudem die Kriterien für eine Wohnbauförderung erfüllt, kann ab Jänner 2026 bei konventionierten Banken einen zinsbegünstigten Kredit beantragen. Diese Möglichkeit kann somit als dritte Förderschiene neben den klassischen Wohnbau-Förderbeiträgen für Kauf, Bau und Wiedergewinnung sowie dem Bausparen genutzt werden.

Bei all diesen Unterstützungen ist uns wichtig: Was wir fördern, soll in Zukunft für immer für Ansässige reserviert sein. Daher sind alle Projekte, welche mit Förderungen vom Land unterstützt werden, zukünftig allein ansässigen Personen vorbehalten. Der Begriff „Ansässige“

⁴ Südtiroler Landesregierung (2024): Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2023 – 2028, Seite 50.

umfasst dabei jene Personen, die entweder eine fünfjährige Ansässigkeit, einen Arbeitsvertrag oder Studienplatz in Südtirol nachweisen können und die Wohnung für den dauerhaften Wohnbedarf nützen.

Flexible Lebensmodelle, neue Arbeitsformen und die veränderten Bedürfnisse junger Familien verlangen nach einem Wohnmarkt, der mit der Zeit geht. Mit der Wohnreform haben wir daher Neuerungen im **gemeinnützigen Wohnbau** umgesetzt, die den Mietmarkt nachhaltig stärken sollen. Seit Sommer dieses Jahres können gemeinnützige Träger und Gemeinden nicht nur Wiedergewinnungsprojekte, sondern auch Neubauten für Förderbeiträge einreichen. Vorgesehen ist ein Landesbeitrag von bis zu 55 Prozent der Planungs- und Baukosten. An diese Förderung ist die Auflage geknüpft, dass die Wohnungen für mindestens 30 Jahre zu einem gedeckelten Mietpreis vergeben werden oder den vorgesehenen Zielsetzungen – wie Arbeiterheime oder Studentenheime – entsprechen. Zudem sind die Wohnungen ausschließlich für die ansässige Bevölkerung reserviert.

Das Interesse ist groß: Gemeinden, Stiftungen und Pfarreien haben bereits erste Projekte auf den Weg gebracht. Erste Schätzungen gehen davon aus, dass für das kommende Jahr Anträge im Umfang von bis zu 50 Millionen Euro gestellt werden, die über Mittel des Nachtragshaushalts finanziert werden können.

Mit diesen Maßnahmen haben wir insbesondere den Mittelstand ins Auge gefasst. In diesem Sinne werden auch die Einkommensgrenzen für die Wohnbauförderung angehoben. Denn es sollen jene profitieren, die fleißig sind, arbeiten und Steuern zahlen.

Darüber hinaus gehen wir nun auch stärker gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum vor: So wollen wir sicherstellen, dass geförderter Wohnraum wirklich nur jenen Familien zugutekommt, die tatsächlich darauf Anspruch haben. Dafür wurden die Kontrollen intensiviert, die nun erstmals auch von externen Agenturen durchgeführt werden.

Auf der einen Seite schaffen wir die Rahmenbedingungen, um die touristische Vermietung einzuschränken – und auf der anderen Seite unterstützen wir Südtirolerinnen und Südtiroler mit finanziellen Förderungen beim Kauf des Eigenheims.

Die Schaffung von mehr leistbarem Wohnraum geschieht nicht mit einem Fingerschnipsen – es braucht vielmehr Geduld und Weitsicht. Unsere Strategie dabei ist klar: **Auf der einen Seite**

schaffen wir die Rahmenbedingungen, um die touristische Vermietung einzuschränken – und auf der anderen Seite unterstützen wir Südtirolerinnen und Südtiroler mit finanziellen Förderungen beim Kauf des Eigenheims.

Leistbarer Wohnraum ist nicht nur bei uns in Südtirol, sondern auch auf **europäischer Ebene** ein dringendes Problem. Aktuell wird das Thema sogar im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung der EU für 2028 bis 2034 diskutiert.

Die europäische Kommission hat am 16. Juli 2025 den mehrjährigen Finanzrahmen vorgestellt. Dieser zielt zwar auf ein unabhängiges, wohlhabendes, sicheres und florierendes Europa ab – doch enthält der Entwurf gleichzeitig eine Verlagerung hin zu einer Zentralisierung der Planung und Aufweichung der regionalen Zuständigkeiten.

So sollen mehrere Fonds, wie jener für Landwirtschaft oder Kohäsionspolitik, zu einem einzigen verschmelzen und zentral von den jeweiligen nationalen Regierungen verwaltet werden. Diese Entwicklung wurde vonseiten des Ausschusses der Regionen scharf kritisiert. Eine Bündelung der Kohäsionspolitik mit anderen Maßnahmen zur Unterstützung von Landwirtschaft, Verteidigung oder Migration würde bedeuten, dass die lokalen Körperschaften auf nationaler Ebene gegen Landwirtinnen und Landwirte, Fischereibetriebe oder Strafverfolgungsbehörden um finanzielle Unterstützung konkurrieren würden.

Als Regionen wehren wir uns vehement gegen eine solche Zentralisierung und warnen davor, dass diese den europäischen Zusammenhalt sowie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Europa untergraben würde. Besonders die Agrarpolitik und Kohäsionspolitik müssen in der bestehenden Form und getrennt voneinander erhalten bleiben. Zudem könnte der mehrjährige Finanzrahmen für ein sozial gerechtes Europa der Regionen verwendet werden, und beispielsweise auch als Investitionsinstrument zur Schaffung öffentlichen Wohnraums von lokalen und staatlichen Behörden dienen.

Als europäische Regionen fordern wir daher einen ortsbezogenen Ansatz, bei dem lokale Körperschaften die treibende Kraft der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vor Ort bleiben. Besonders für uns als autonome Region sind Entwicklungen hin zu einer zentralisierteren Verwaltung der europäischen Finanzmittel bedenklich und werden mit großer Besorgnis beobachtet.

Die kommenden beiden Jahre sind auf europäischer Ebene gekennzeichnet durch den Abschluss der Planungsperiode 2021-2027 sowie der Definition der Programmschwerpunkte des EU-Haushaltes 2028-2034. Bei der Verwaltung der Programme der europäischen

Strukturfonds, wie dem Europäischen Fonds für die Regionale Entwicklung EFRE, dem Fonds für grenzüberschreitende territoriale Zusammenarbeit INTERREG und dem Europäischen Sozialfonds ESF Plus, werden 2026 die letzten Aufrufe zur Umsetzung der jeweiligen Programme der aktuellen Planungsperiode 2021-2027 ergehen. Das kommende Jahr wird auch entscheidend für den Abschluss der im Rahmen des nationalen Wiederaufbaufonds PNRR finanzierten Projekte, wofür in Südtirol mittlerweile 1,4 Milliarden Euro zum Einsatz kommen.

Für ein Europa der Regionen braucht es Zusammenarbeit auf Augenhöhe und Projekte, die die EU vor Ort erlebbar machen.

Für ein Europa der Regionen braucht es Zusammenarbeit auf Augenhöhe und Projekte, die die EU vor Ort erlebbar machen. In der **Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino** wird dieser Gedanke der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Regionen bereits spürbar. Unter dem Südtiroler Vorsitz und Motto „Grenzen überwinden“ haben wir verschiedenste Projekte angestoßen und umgesetzt, welche unsere drei Länder enger zusammenrücken lassen sollen: der Euregio-Wetterbericht, das Euregio-Ticket für den öffentlichen Personenverkehr, das Euregio-Museumsjahr 2025, das kulinarische Projekt „So isst Euregio“ sowie eine Euregio-Jobbörse.

Die Euregio, und besonders Südtirol ist ein begehrter und gefragter Lebensraum. Als Landespolitik tragen wir die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass Südtirol lebenswert bleibt. Deshalb investieren wir gezielt in die Unterstützung von Seniorinnen und Senioren, Familien und jungen Menschen. Doch das allein genügt nicht. Es braucht nachhaltige Entwicklung, bessere Löhne und ein Bildungssystem, das gleiche Chancen für alle schafft.

Wer in Südtirol aufwächst, hat das Glück in unseren **Schulen** eine sehr gute und fundierte Ausbildung zu erhalten. Die Chance, im Laufe des Bildungsweges mindestens drei Sprachen zu erlernen, eröffnet unseren Jugendlichen und jungen Erwachsenen viele Türen – zu unserem Stolz, und Leidwesen, auch für attraktive Jobs im Ausland.

Die sprachliche Bildung in beiden Landessprachen ist weit mehr als ein pädagogisches Ziel – sie ist tragende Säule des Minderheitenschutzes, ein Schlüssel zur Verständigung, zum Miteinander und zu einer gemeinsamen Zukunft in Südtirol. Um den unterschiedlichen Situationen der Kinder der drei Sprachgruppen bestmöglich gerecht zu werden, haben wir uns

im Regierungsprogramm – unter strikter Einhaltung von Artikel 19 des Autonomiestatuts – für ein differenzierteres Bildungsmodell entschieden:

„Jede Sprachgruppe legt im Rahmen der im Autonomiestatut festgelegten Grundsätze die Ausrichtung für die eigenen Schulen fest, den Notwendigkeiten und Prioritäten zur Erreichung der Bildungsziele entsprechend. Die muttersprachliche deutsche Schule ist die zentrale Säule zum Schutz und zur Förderung der deutschen Minderheit gemäß Artikel 19 des Autonomiestatuts. Das Erlernen weiterer Sprachen soll in diesem Rahmen erfolgen, die Errichtung von bilingualen Klassen wird nicht angestrebt. Für die italienische Schule gilt, dass das bi- und plurilinguale Modell unter Wahrung des Rechtes auf muttersprachlichen Unterricht angeboten werden kann. Mehrsprachige Projekte sollen verstärkt angewandt werden, um so die Erlernung der deutschen Sprache und einer weiteren Fremdsprache verstärkt zu vermitteln und zu fördern. Die ladinische Schule zeichnet sich durch das paritätische Bildungsmodell in den ladinischen Tälern aus. Dabei steht die Stärkung der ladinischen Muttersprache bei gleichzeitiger Umsetzung von speziellen Ansätzen zur integrierenden Mehrsprachendidaktik in den Unterrichts- und Fremdsprachen im Mittelpunkt.“⁵

Es liegt nun bei den Bildungseinrichtungen, dieses Modell konsequent umzusetzen.

In diesem Sinne muss auch unser bewährtes Modell der Integration weiterhin erhalten bleiben. Als Gesellschaft bringt es uns nicht weiter, wenn wir bereits bei Kindern das Trennende in den Vordergrund stellen. **Jedes Kind verdient die gleichen Chancen.** Gerade jene Kinder, die mit Schwierigkeiten kämpfen, brauchen unsere besondere Aufmerksamkeit und gezielte Förderung.

Wir sagen deshalb „nein“ zu Vorab-Diskriminierung und Segregation. Wir sagen vielmehr „ja“ zu Klassenbildung und Ressourcenzuweisung unter Berücksichtigung des vorab zu erhebenden individuellen Sprachniveaus der Kinder. Wir wollen und müssen die Voraussetzungen schaffen, um einen differenzierten Unterricht – sowohl einzeln als auch in Gruppen – zu ermöglichen, der dem individuellen Förderbedarf beziehungsweise Leistungsniveau gerecht wird. Dies sowohl während des Regelunterrichts als auch im Rahmen von Zusatzangeboten, für die in bestimmten Fällen auch die Pflichtteilnahme vorgesehen werden soll. Dass es dafür mehr Ressourcen und geschultes Personal braucht, ist uns mehr als bewusst.

Die Erhebung der Sprachkenntnisse im Rahmen des verpflichtenden Kindergartenbesuchs soll außerdem dazu beitragen, dass Eltern die Entscheidung über die Einschreibung ihrer Kinder auf

⁵ Südtiroler Landesregierung (2024): Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2023 – 2028, Seite 31.

Grundlage objektiver Beobachtung und im Bewusstsein der eventuell erforderlichen Begleitmaßnahmen, einschließlich ihrer elterlichen Unterstützungspflichten, treffen.

Lehrerinnen und Lehrer vermitteln nicht nur fachliches Wissen, sondern begleiten Kinder und Jugendliche dabei, Fähigkeiten zu entwickeln, Zusammenhänge zu verstehen und ihren eigenen Weg zu finden. Sie leisten damit einen zentralen Beitrag zur persönlichen Entwicklung junger Menschen – und zur Zukunft unseres Landes. **Diese Leistung verdient Anerkennung, sowohl gesellschaftlich als auch finanziell.**

Im kommenden Haushaltsjahr haben wir daher für eine reale **Aufwertung des Lehrberufs** eigene Finanzmittel einplant, nicht zuletzt im Rahmen der Verhandlungen für eine Lohnerhöhung für Lehrpersonen und pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Insgesamt stehen für die kommenden drei Jahre 330 Millionen Euro für wirtschaftliche und organisatorische Maßnahmen bereit. Dabei sind zurzeit 100 Millionen pro Jahr für Lohnerhöhungen und 10 Millionen für Vergütungen von zusätzlicher Verantwortung und zusätzlichen Leistungen (wie Klassenvorstand oder Bibliotheksdienst) vorgesehen. Darüber hinaus sollen Schulen zusätzliche Ressourcen für den Bereich der Inklusion sowie für die Entlastung der Lehrpersonen von Verwaltungsarbeiten erhalten.

Es geht bei der aktuellen Debatte nicht allein um den Lohn. Es braucht Unterstützungsmaßnahmen, Entlastungen und bürokratische Vereinfachungen während des Unterrichts und während des gesamten Schulalltags. Damit diese Maßnahmen auch realitätsbezogen und praktisch umsetzbar gestaltet werden, sollen diese im Rahmen eines Bildungsdialogs gemeinsam mit dem betroffenen Lehrpersonal erarbeitet werden.

Bessere Löhne, im Öffentlichen wie auch Privaten, sind ein zentrales Thema dieser Landesregierung. Ob in der Schule, im Krankenhaus, in der Verwaltung oder auf der Straße: Öffentliche Dienste sind unverzichtbar für unser Zusammenleben.

Bereits im laufenden Jahr wurden dank erfolgreicher Verhandlungen mit den Gewerkschaften **Lohnerhöhungen** im öffentlichen Dienst umgesetzt. Diese betrafen verschiedene Berufsgruppen, wie Angestellte im Landesdienst, das Gesundheitspersonal, das Personal der Gemeinden, Bezirksgemeinschaften und der Altersheime. Konkret umfassten diese Maßnahmen eine Inflationsnachzahlung für den Zeitraum 2022-2024 sowie eine strukturelle Inflationsanpassung, für die im Landeshaushalt jährlich 250 Millionen Euro vorgesehen sind. Je nach Funktionsebene macht dies, rückwirkend ab 1. Jänner 2025, ein Plus von 280 bis 395 Euro brutto monatlich auf dem Lohnstreifen aus. Als dauerhaftes Lohnelement wollen wir damit die

Kaufkraft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärken. Bei der Einordnung dieser Zahlen hilft ein Blick auf die für die Personalverwaltung veranschlagten Geldmittel: Für 2026 stehen insgesamt 1,54 Milliarden Euro für die Bediensteten des Landes, für das Personal der Schulen staatlicher Art sowie für das Landeslehrpersonal bereit (nicht miteingerechnet sind die 110 Millionen für eine Realloohnerhöhung für das Bildungspersonal).

Wer jahrelang im Landesdienst gearbeitet hat, dem steht auch eine schnellere Auszahlung der Abfertigung zu. In diesem Zusammenhang hat sich das Land bereit erklärt, eine Vorauszahlung zu leisten. Für eine rechtliche Absicherung dieses Modells bedarf es jedoch noch einer Gesetzesänderung im Landtag und einer Anpassung des entsprechenden Kollektivvertrages.

Mit all diesen Maßnahmen verfolgen wir das Ziel, die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor zu stärken. In der Privatwirtschaft kann das Land zwar nicht direkt auf die Lohnverhandlungen einwirken, doch durch Anreize können auch dort bessere Löhne gefördert werden. In diesem Sinne sind die neuen Kriterien der Regionalen Wertschöpfungssteuer **IRAP** zu betrachten.

Die Neuregelung dieser Steuer war Teil des Haushaltsgesetzes 2025 und war gemeinsam mit den Sozialpartnern ausgearbeitet worden. Unternehmen in Südtirol, die mit ihren Mitarbeitenden Zusatzverträge abschließen, in welchen finanzielle Leistungen für das Personal vorgesehen sind, können seitdem von einem reduzierten IRAP-Steuersatz profitieren. **Es geht darum, jene Unternehmen zu belohnen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser bezahlen.** Gemeinsam mit den Sozialpartnern wird nun geprüft, wie sich die neue Regelung in der Praxis auswirkt und wie sie weiterentwickelt und ausgebaut werden kann.

Südtirol als attraktiven Arbeitsplatz und Lebensort zu positionieren ist entscheidend für die zukünftige Wirtschaftsleistung unseres Landes.

Wir müssen endlich offen darüber sprechen, wie wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser entlohnen können. Dabei geht es nicht nur um gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, sondern auch um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Denn das Gehalt spielt – ob man es wahrhaben will oder nicht – eine entscheidende Rolle bei der Wahl des Arbeitsplatzes. In einem immer härteren Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte können wir es uns nicht leisten, zurückzufallen.

Wir brauchen uns nichts schönzureden: Immer mehr junge Menschen mit guter Ausbildung verlassen Südtirol, um eine Arbeitsstelle im benachbarten Ausland anzunehmen – und zu wenige kehren später wieder zurück. Die jüngsten Statistiken zeigen: Jedes Jahr wandern 800 Südtiroler und Südtirolerinnen mehr in deutschsprachige Nachbarländer aus, als Menschen aus diesen Ländern nach Südtirol zuwandern beziehungsweise zurückkehren.⁶

Südtirol als attraktiven Arbeitsplatz und Lebensort zu positionieren ist entscheidend für die Zukunft unseres Landes. Mit einer Arbeitslosenquote von 1,6 Prozent⁷ laut aktueller Stichprobenerhebung der ASTAT, können wir in Südtirol quasi von einer Vollbeschäftigung ausgehen. Dennoch waren in den ersten neun Monaten des Jahres 2025 durchschnittlich mehr als 14.000 Personen als arbeitslos gemeldet⁸.

Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht gilt es daher einerseits, diese „stille Reserve“ zu aktivieren, die Abwanderung von Fachkräften einzudämmen und eine gezielte und qualifizierte Einwanderung aus Arbeitsgründen zu ermöglichen. Für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wird in den kommenden Jahren pro Jahr zusätzlich 1 Million Euro bereitgestellt.

In diesem Sinne sollte aus Sicht der Landesregierung die Standortagentur IDM vermehrt mit der Aufgabe betraut werden, gemeinsam mit den anderen institutionellen Partnern wie den zuständigen Ressorts und der Handelskammer, Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, um qualifizierte Fachkräfte zurückzuholen und anzuwerben. Kurzum: Es geht um Maßnahmen für einen Brain-Gain und somit für eine strategische Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften.

Wenn wir qualifizierte Fachkräfte gewinnen wollen, braucht es nicht nur Zahlen, sondern auch Perspektiven. Mit dem NOI Techpark in Bozen und Bruneck ist genau das gelungen: In den letzten Jahren wurden mehr als 1.200 neue hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen. Dort angesiedelt sind vier Fakultäten der Freien Universität Bozen, drei Forschungseinrichtungen (EURAC Research, Versuchszentrum Laimburg, Fraunhofer Italia), 73 Unternehmen, 30 Start-ups sowie verschiedene institutionelle Akteure. In Südtirol niedergelassen haben sich zudem viele innovative Unternehmen, die anspruchsvolle Arbeitsplätze besonders für jene bieten, die es sonst in größere Metropolen gezogen hätte.

⁶ Beobachtungsstelle für den Arbeitsmarkt (2025): Arbeitsmarktnews 10/2025.

⁷ ASTAT (2025): Erwerbstätigkeit - 2. Quartal 2025. Online unter <https://astat.provinz.bz.it/de/publikationen/erwerbstaetigkeit-2-quartal-2025>.

⁸ ASTAT (2025): [Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial - 2024 | Publikationen und verschiedene Statistiken diverser Themen](#)

Personen dem Arbeitsmarkt zuzuführen ist aber auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Dafür bedarf es, wie bereits erwähnt, insbesondere einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Um beide Elternteile nach der Familiengründung zurück in den Beruf zu bringen, gilt es, ein gutes Angebot an Betreuungsdiensten und vor allem eine gerechte Aufteilung der Care-Arbeit zwischen Mann und Frau umzusetzen. Für viele junge Menschen ist eine gleichberechtigte Gesellschaft entscheidend, wenn es um die Wahl ihres Arbeits- und Lebensmittelpunkts geht. Chancengleichheit, Diversität und soziale Gerechtigkeit spielen eine große Rolle dabei, ob sich ein Ort lebenswert und attraktiv anfühlt. Der Gleichstellungsaktionsplan des Landes ist somit keineswegs ein ideologisch überfrachtetes Dokument, sondern vielmehr eine notwendige gesellschaftliche Strategie, die auch für die Attraktivität des Standortes Südtirol entscheidend ist.

Löhne, Familienleistungen, Unterstützung für Seniorinnen und Senioren, Förderungen im Bereich des Wohnens – damit schaffen wir Rahmenbedingungen für ein lebenswerteres und leitbareres Leben in Südtirol. In diesem Zusammenhang nehmen die Gemeinden in Südtirol eine essenzielle Rolle ein. Sie kümmern sich darum, dass es den Menschen vor Ort, an ihrem Lebensmittelpunkt gut geht und sie alles Erforderliche in ihrer Umgebung finden. Südtirol ist heute auch deshalb so gut aufgestellt, weil das Leben in unseren Dörfern, Tälern und Bergen stets besonders unterstützt und gefördert wurde. Und dies wollen wir auch für die Zukunft sicherstellen.

Ein zentraler Baustein dabei ist die **Gemeindenfinanzierung**, die dieses Jahr in enger Zusammenarbeit mit dem Gemeindenverband überarbeitet wurde. In der neuen Vereinbarung sind für laufende Kosten 213 Millionen Euro jährlich vorgesehen, was ein Plus von 26 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Darüber hinaus erhalten die Gemeinden zusätzliche Finanzmittel im Ausmaß von 25 Millionen Euro pro Jahr für den Ausgleich der Mehrkosten, die durch die Inflationsanpassung der Gehälter der Gemeindeangestellten entstanden sind.

Die Beiträge für Investitionen erhöhen sich um 34 Millionen Euro pro Jahr und belaufen sich auf insgesamt 180 Millionen Euro jährlich. In den kommenden zehn Jahren stehen für die Gemeindenfinanzierung somit mehr als drei Milliarden Euro bereit. Diese Gelder werden dort eingesetzt, wo sie die Menschen auch direkt erreichen. Das sind beispielsweise Beiträge an die Gemeinden für den Mensadienst, für die gestiegenen Energiekosten der Hallenbäder und Eishallen sowie für die Deckung der Mehrkosten der Ortspolizei.

Um den gesellschaftlichen Entwicklungen und dem veränderten Sicherheitsbefinden der Bevölkerung Rechnung zu tragen, soll gemäß Regierungsprogramm die Arbeit der staatlichen

Polizeiorgane – wo immer möglich und im Rahmen unserer Zuständigkeiten – unterstützt werden. Gleichzeitig soll in Zusammenarbeit mit dem Gemeindenverband die Rolle der Ortspolizei gestärkt werden. In diesem Sinne wird aktuell an einer Überarbeitung des Gesetzes zur Organisation der Ortspolizei gearbeitet. Die Änderungen zielen darauf ab, die öffentliche Sicherheit durch bessere Ausbildung, mehr Personalressourcen und bessere Ausrüstung der Ortspolizei zu stärken.

Zu einem lebendigen Leben in unseren Ortskernen gehören auch die vielen Sportvereine und -organisationen. **Sport** verbindet – über Generationen hinweg, über soziale Unterschiede hinaus. Die Sportstätten sind weit mehr als Orte der Bewegung – sie sind Orte der Begegnung, des Miteinanders und der persönlichen Entwicklung.

6,5 Millionen Euro stehen für laufende Beiträge an Sportvereine bereit, die für deren Tätigkeit, für die Organisation und Teilnahme an Wettkämpfen, Ausbildung und Schulungen sowie die Verwaltung der Vereine verwendet werden. Für Sportanlagen von Landes- und Bezirksinteresse sind 22 Millionen Euro vorgesehen, unter anderem für die Sanierung der Eishallen in Bozen und Latsch, für die Erweiterung der Sportzone Milland in Brixen, für die Tennishalle in Sexten oder für das 50m-Schwimmbecken in Bozen.

Mit diesem Haushalt wollen wir darüber hinaus Südtirol als nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsraum stärken. Dazu gehören nicht zuletzt Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung. Im Bereich der **Mobilität** stehen der Ausbau und die Förderung der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel im Vordergrund. Im kommenden Jahr werden einige große Mobilitätsprojekte, wie die Elektrifizierung der Vinschger Bahn, abgeschlossen. Mit der Anschaffung von 15 neuen sogenannten Coradia-Zügen wird es auch bald möglich sein, mit den Regionalzügen umstiegsfrei von und nach Innsbruck über den Brenner zu gelangen. In den kommenden zwei Jahren ist zudem der Ankauf neuer Null-Emissionsbusse geplant, um auch die Busdienste nachhaltiger zu gestalten.

Neben der Modernisierung des Fuhrparks gilt es zudem, die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer zu garantieren – dazu gehören auch regelmäßige Investitionen in die **Straßeninfrastruktur. Denn wo es keine sichere Straße gibt, fahren kein Bus und auch keine anderen emissionsfreien Fahrzeuge.** In diesem Jahr konnten mehrere wichtige Projekte fertiggestellt werden: Dazu gehören die Unterführung an der Töll, der Kreisverkehr in Partschins und die Umfahrung Vahrn. Auf Hochtouren weitergearbeitet wird hingegen an den Umfahrungen in Meran, Kastelbell, Kiens, Percha und Branzoll. Zudem stehen Arbeiten für mehr Sicherheit und einen besseren Verkehrsfluss an strategischen

Verkehrsknotenpunkten wie der Kreuzung an der Einsteinstraße in Bozen und der Kreuzung MeBo-Eppan an. Investiert wird auch in Sicherungsmaßnahmen vor Steinschlägen und in die Sanierung der Straße sowie der Straßenmauern.

Für die Pustertaler Bevölkerung kommt im kommenden Jahr ein Projekt zum Abschluss, das das Mobilitätsverhalten vieler für einen längeren Zeitraum eingeschränkt hatte: Nach mehr als einem Jahr Schienenersatzverkehr, kann die Bestandsstrecke der Riggertalschleife wieder geöffnet werden, so dass zwischen Bruneck und Franzensfeste wieder regelmäßig Züge verkehren. Einen besonderen Dank möchte ich an dieser Stelle allen Arbeiterinnen und Arbeitern entlang der Bahntrasse, den Busfahrerinnen und Busfahrern und nicht zuletzt allen Pendlerinnen und Pendlern für ihre Geduld und Entgegenkommen aussprechen. Doch die Einschränkungen waren nicht umsonst: Nach Fertigstellung der neuen Riggertalschleife verkürzt sich die Reisezeit zwischen Bruneck und Brixen spürbar. Zudem wurde die Zeit während der Zugsperrung für eine komplette Erneuerung von 13 Bahnhöfen und einer Sanierung der elektrischen Oberleitungen genutzt. Diese zusätzlichen Maßnahmen konnten nicht zuletzt auch dank Olympia-Geldern vorgezogen und früher durchgeführt werden.

Rechtzeitig für die **Olympischen Spiele** öffnet somit wieder die Zugstrecke zwischen Franzensfeste und Bruneck, und ermöglicht den Sportfans eine umweltfreundliche Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Wo seit 50 Jahren Weltcup-Skifahren stattfinden und sechs Weltmeisterschaften ausgetragen wurden, finden im kommenden Jahr an zehn Wettkampftagen elf olympische Medaillen-Entscheidungen statt. **Südtirol wird zum Olympialand!**

Um die Biathlon-Arena in Antholz olympiafit zu machen und an die neuesten Standards internationaler Bewerbe anzupassen, wurden zahlreiche Modernisierungsmaßnahmen umgesetzt. Das Projekt umfasst eine neue unterirdische Schießanlage, einen neuen Zielbereich, ein Lager für Waffen und Munition sowie Räume für Sport, Gesundheitsbetreuung, Training und Medien. Darüber hinaus wurden Logistikflächen, unterirdische Verbindungen und eine in die Fassade integrierte Photovoltaikanlage geschaffen. Diese Investitionen ermöglichen und sichern die ganzjährige Nutzung der Infrastruktur für die kommenden Jahrzehnte und damit einen wichtigen Wirtschaftsfaktor des Tales. **Biathlon ist in Antholz nicht nur Tradition – es ist ein Impulsgeber für Wirtschaft, Arbeitsplätze und regionale Entwicklung.**

Mit den Mitteln aus dem Olympiafonds wurden darüber hinaus der Umbau und die Neugestaltung des Kulturhauses „Howard von Antholz“ vorangetrieben, welches nun renoviert und künftig zu einem Treffpunkt für kulturelle, gesellschaftliche und sportliche Aktivitäten werden kann.

Dank Olympia konnten seit langem geplante und massiv geforderte Infrastrukturprojekte auf den Weg gebracht und realisiert werden, wofür ansonsten Geldmittel erst in späteren Jahren oder überhaupt nicht verfügbar gewesen wären.

Lassen Sie mich eines unterstreichen: Dank Olympia konnten seit langem geplante und massiv geforderte Infrastrukturprojekte auf den Weg gebracht und realisiert werden, wofür ansonsten Geldmittel erst in späteren Jahren oder überhaupt nicht verfügbar gewesen wären. Antholz profitiert von Investitionen von 63 Millionen Euro, die Straßeninfrastruktur wurde mit 235 Millionen Euro gefördert, für die Riggertalschleife kommen weitere 250 Millionen Euro dazu und für Investitionen für die Stromsicherheit standen insgesamt 90 Millionen Euro bereit. Das Budget der Investitionen beläuft sich somit auf über 638 Millionen Euro, wovon knapp 192 Millionen Euro vom Land und 446 Millionen Euro vom Staat finanziert wurden.

In Südtirol können wir nun mit Vorfreude dem internationalen Sportereignis entgegenblicken. Millionen von Menschen weltweit werden unsere schöne Landschaft vor dem Fernsehgerät zu sehen bekommen, und Tausende Gäste und Sportlerinnen und Sportler unsere Gastfreundschaft kennen und lieben lernen. Es ist eine einmalige Chance, unser Land, unsere Leute, Kultur und Kompetenz der ganzen Welt zu zeigen. Das Wichtigste ist jedoch, dass unsere Athletinnen und Athleten vor heimischem Publikum um Medaillen kämpfen können. Möge es daher ein Fest des Sports, und hoffentlich auch des Friedens werden!

Für die Vorbereitung, Organisation und Abwicklung eines Großereignisses wie Olympia braucht es viele helfende Hände. So sind auch Strukturen verschiedener öffentlicher Einrichtungen eingebunden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitsbetriebes werden während der Austragung die Gesundheitsversorgung der Athletinnen und Athleten sowie des Publikums vor Ort in Antholz und in den umliegenden Strukturen garantieren. Die Agentur für Bevölkerungsschutz hingegen war stark in die Organisations- und Vorbereitungsphase involviert und wird während der Spiele den Wetter- und Lawinendienst abdecken und für aktuelle Informationen zur Wetterlage sorgen. Gemeinsam mit den Rettungskräften ist der Bevölkerungsschutz zudem für die Sicherheit, die Notfallplanung und das Krisenmanagement zuständig.

Die Agentur für Bevölkerungsschutz ist ein Partner, auf den wir uns das ganze Jahr über verlassen können: Sei es bei Unwettereinsätzen, Überschwemmungen, Bränden oder Verkehrsnotfällen – auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist immer Verlass und dafür kann man nicht oft genug „danke“ sagen.

Die Agentur für **Bevölkerungsschutz** ist ein Partner, auf den wir uns das ganze Jahr über verlassen können: Sei es bei Unwettereinsätzen, Überschwemmungen, Bränden oder Verkehrsnotfällen – auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist immer Verlass und dafür kann man nicht oft genug „danke“ sagen. Sie sorgen für den Schutz der Bevölkerung und deren Hab und Gut. Doch die Arbeit wird immer anspruchsvoller: **Der Klimawandel und damit verbundene extreme Wetterereignisse stellen die Agentur für Bevölkerungsschutz und die Rettungsorganisationen im Lande vor große und neue Herausforderungen.** Die Vorbereitung, Prävention und Erstellung von Notfall- und Risikoplänen nehmen daher eine immer wichtigere Rolle ein.

Um besser gegen Naturgefahren wie Hochwasser gerüstet zu sein, wurde 2025 beispielsweise der Landesplan für Retentionsräume auf den Weg gebracht. Eine Plattform für Zivilschutzplanung soll kommenden Jahr entwickelt werden und zukünftig alle Pläne des Zivilschutzes auf Landes- und Gemeindeebene beinhalten. Da Naturgefahren an Landesgrenzen nicht Halt machen, soll auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der Euregio gestärkt werden. Das Projekt CAIROS sieht dabei eine Vereinheitlichung der Abläufe und Informationssysteme der drei Länder Tirol, Südtirol und Trentino im Bereich der Lawinenwarndienste vor.

Der Klimawandel und damit verbundene extreme Wetterereignisse stellen die Agentur für Bevölkerungsschutz und die Rettungsorganisationen im Lande vor große und neue Herausforderungen.

Gezielte Maßnahmen setzt die Agentur für Bevölkerungsschutz auch im Bereich der Klimaanpassung: Auf Grundlage einer aktuellen EURAC-Studie⁹ soll im kommenden Jahr unter Beteiligung aller zuständigen Ressorts eine umfassende Resilienz-Strategie erarbeitet werden. Der entsprechende Maßnahmenkatalog soll dann von den jeweils zuständigen Akteuren Schritt für Schritt umgesetzt werden, damit die sich aus der Erderwärmung ergebenden zusätzlichen Gefahrenpotentiale reduziert werden können.

Klima- und Umweltschutz sind Themen, die sich über mehrere Ressorts erstrecken und wofür im Haushalt auf verschiedenen Kapiteln Finanzierungen bereitstehen. Neben dem bereits genannten Mobilitätssektor sind das die Bereiche Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft, Tourismus und Energie. Dabei setzen wir in erster Linie und soweit möglich auf die bewährte Devise: finanziell fördern und Anreize schaffen, statt verbieten.

Klimaschutz bedeutet einerseits, Energie dort, wo sie verbraucht wird, so effizient wie möglich zu nutzen, und andererseits den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Indem wir Energie vorwiegend in Südtirol produzieren, schaffen wir mehr Versorgungssicherheit, werden unabhängig von sogenannten „Gasoligarchen“ und „Öldiktatoren“ – und als positiver Nebeneffekt bleibt die Wertschöpfung im Land. Mit Beiträgen an Private und Unternehmen, wollen wir Anreize für den Umstieg auf erneuerbare Energien und für mehr Energieeffizienz schaffen.

Im Bereich der erneuerbaren Energien machen wir in Südtirol dank verschiedener Maßnahmen aus dem Klimaplan jedes Jahr weitere Schritte in die richtige Richtung. Im Jahr 2023 wurden 61 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in Südtirol durch erneuerbare Energien gedeckt¹⁰. Am meisten erneuerbare Energie wird in Südtirol durch Wasserkraft (6.176 Gigawattstunden) produziert, Solarenergie (344 GWh) und Bioenergie (254 GWh) machen einen kleineren Anteil der Energieproduktion aus¹¹.

Die öffentlichen und privaten Investitionen in erneuerbare Energien wurden 2024 in allen Bereichen weitergeführt. 17.780 neue Photovoltaikanlagen wurden installiert: Den größten Anteil der neuen Anlagen machen Installationen in privaten Haushalten aus (10.671), die

⁹ EURAC Research (2025): Klimarisiken und Anpassung - Wege zu einem klimaresilienten Südtirol. Online unter <https://klimaanpassung-suedtirol.eurac.edu/de>.

¹⁰ <https://www.gse.it/dati-e-scenari/monitoraggio-fer/monitoraggio-regionale/Bolzano>

¹¹ GSE (2025): Energia da fonti rinnovabili in Italia nel 2023 (Seite 10).

restlichen Neuinstallationen verteilen sich auf die Bereiche Dienstleistungen (2.766), Landwirtschaft (2.866) und Industrie (1.477)¹².

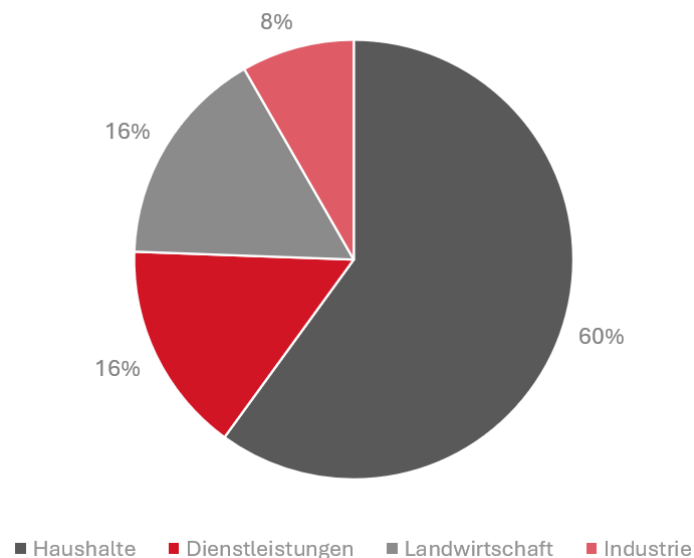


Abbildung 6 Neuinstallationen von Photovoltaikanlagen in Südtirol im Jahr 2024 nach Sektor (GSE 2025)

Die Nutzung und der Ausbau erneuerbarer Energiequellen sind für uns als Klimaland kein „Nice-to-have“, sondern eine Notwendigkeit. Die Energiewende ist ein zentraler Baustein hin zu einem nachhaltigen, zukunftsfähigen und unabhängigen Südtirol. Und diese Entwicklung gilt es, im Sinne der kommenden Generationen, weiter zu fördern und zu unterstützen.

Während Kohle- und Gaskraftwerke rund um die Uhr Strom liefern, sind erneuerbare Energien nicht jederzeit im gleichen Ausmaß verfügbar – die Speicherung von Energie wird daher immer wichtiger. Vor diesem Hintergrund ist das Projekt eines Pumpspeicherkraftwerks in Ulten zu betrachten. Im Rahmen eines Bürgerbeteiligungsprozesses fanden vielfältige Informations- und Diskussionsformate statt, um den Menschen im Tal eine umfassende und transparente Information zu ermöglichen. Nun hoffen wir, dass die Bevölkerung die Vorteile erkennt: sowohl jene für das gesamte Land als auch jene für das Ultental. Denn dieses Projekt würde Südtirols Versorgungssicherheit stärken und unsere Abhängigkeit von fossilen Energien reduzieren. Gleichzeitig bietet es aber auch konkrete und dauerhafte Vorteile für die Ultnerinnen und Ultner. Ob die Bürgerinnen und Bürger diesen Weg mitgehen, wird das Referendum im kommenden Jahr zeigen. Wir bekräftigen hiermit erneut, dass wir uns eine Zustimmung zum Projekt aus Gründen des Allgemeinwohls wünschen. Deshalb versuchen wir, die Bevölkerung des Ultentales mit der Darlegung von Sachargumenten zu überzeugen und für das Projekt zu

¹² GSE (2025): RAPPORTO STATISTICO 2024 SOLARE FOTOVOLTAICO (Seite 12 und 33ff).

gewinnen. Gleichzeitig bestätigen wir, dass wir den Ausgang des Referendums in jedem Fall respektieren und unser Handeln danach richten werden.

Im Landeshaushalt stehen für den Bereich **Umwelt und Energie** im kommenden Jahr 65,2 Millionen Euro bereit. Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und zum Ausbau der erneuerbaren Energien werden mit insgesamt 47,5 Millionen Euro unterstützt.

Die Nutzung und der Ausbau erneuerbarer Energiequellen sind für uns als Klimaland kein „Nice-to-have“, sondern eine Notwendigkeit. Die Energiewende ist ein zentraler Baustein hin zu einem nachhaltigen, zukunftsfähigen und unabhängigen Südtirol.

Mit Beiträgen für Investitionen in Photovoltaikanlagen, Gebäudesanierungen, den Einbau von Wärmepumpen und Solaranlagen wird das Leben der Menschen dort nachhaltiger, wo sie am meisten Zeit verbringen: und zwar zu Hause. Der Heizsektor ist mit 17 Prozent der zweitgrößte Verursacher von Treibhausgasemissionen in Südtirol, mehr Emissionen verursacht mit 44 Prozent nur der Verkehrssektor¹³. Ansetzen wollen wir daher besonders im Bereich des Heizens: einerseits durch die Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudebestand und andererseits durch die Förderung klimaneutraler Energieträger für die Heizung. Dazu gehören Förderungen für den Einbau von Wärmepumpen mit Photovoltaikanlagen sowie für den Austausch alter Holzheizungen. Für letzteres mussten aufgrund des großen Interesses die Mittel für die kommenden zwei Jahre aufgestockt werden.

Auch die öffentliche Verwaltung setzt Maßnahmen für eine höhere Energieeffizienz der eigenen Gebäude. Mit dem Projekt „Building Renovation Plus“, wofür 55 Millionen bereitstehen, hat sich das Land zum Ziel gesetzt, die Landesimmobilien bestmöglich zu verwalten, deren Energieeffizienz zu verbessern und die CO₂-Emissionen um bis zu 36.000 Tonnen zu verringern. Ergänzt wird dieses Vorhaben durch Projekte zur energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden sowie zur Installation von Photovoltaikanlagen auf deren Dächern.

¹³ Land Südtirol (2023): Klimaplan Südtirol 2040. Online unter <https://umwelt.provinz.bz.it/de/energie-klima/klimaplan-suedtirol-2040>.

*Nachhaltigkeit - sozial, ökonomisch und ökologisch - ist eine
gemeinsame Verantwortung und die beste Garantie für den
Zusammenhalt unseres Landes.*

Der Gedanke der ökologischen, sozialen und ökonomischen **Nachhaltigkeit** zieht sich quer durch alle Ressorts, angefangen bei Sozialem, Gesundheit und Bildung über die Energie bis hin zu Mobilität und Wirtschaft. In der Landesverwaltung entsteht derzeit ein systematischer Ansatz, um politische Maßnahmen ganzheitlich im Sinne der nachhaltigen Entwicklung zu gestalten und zu steuern. Ein wichtiger Ausgangspunkt dafür war die 2023 durchgeführte OECD-Analyse zu unserer Nachhaltigkeitsstrategie „*Everyday for Future*“, die erstmals eine umfassende Bewertung der Stärken, Herausforderungen und Governance-Strukturen Südtirols im Bereich Nachhaltigkeit vorgenommen und konkrete Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Strategie formuliert hat.

Ein Teil dieser Empfehlungen ist bereits in die laufenden Arbeiten eingeflossen. Im Sinne einer transparenten Kontrolle und kontinuierlichen Weiterentwicklung stellen wir unsere Tätigkeit 2026 wieder auf den Prüfstand. Und zwar mit einer sogenannten „*Voluntary Local Review*“: ein freiwilliger Nachhaltigkeitsbericht, wie er international von Regionen und Städten genutzt wird. Dieser Bericht wird sichtbar machen, welche Fortschritte wir erreicht haben und wo zusätzliche Anstrengungen notwendig sind. Eine solche Vorgehensweise ist entscheidend: Nachhaltigkeit ist kein statischer Zustand, sondern ein fortlaufender Prozess, der stetige Anpassung und gemeinsame Verantwortung erfordert.

Wir wissen, es bleibt noch viel zu tun. Ein echter Wandel braucht Zeit und gelingt nur, wenn Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenwirken. **Nachhaltigkeit – sozial, ökonomisch und ökologisch – ist eine gemeinsame Verantwortung und die beste Garantie für den Zusammenhalt unseres Landes.** In diesem Sinne werden die Schwerpunkte im Bereich der **Wirtschaftsförderung** der vergangenen Jahre fortgeführt und Förderungen für Innovationen, Start-ups und nachhaltige Entwicklung vorgesehen.

4,2 Millionen Euro stehen im Rahmen von Investitionsbeihilfen für Kleinunternehmen bereit, mit welchen Investitionen in Ausrüstungen, Maschinen, Software und Einrichtungsgegenstände gefördert werden. Weiterhin bestehen bleiben zudem Beiträge für betriebliche Investitionen zur Entwicklung der Elektromobilität, Förderungen zugunsten von Nahversorgungsdiensten sowie

Beiträge in den Bereichen Internationalisierung, Digitalisierung, Aus- und Weiterbildung. Wieder eingeführt wird zudem der Rotationsfonds, mit welchem betriebliche Investitionen in Nachhaltigkeit für kleinere Betriebe unterstützt werden sollen.

Südtirols Stärke liegt in kleinstrukturierten, familiengeführten Betrieben. Es sind Menschen, die an ihre Vision glauben und unbeirrt weitermachen – egal, was kommt. Diese Haltung prägt insbesondere auch unsere landwirtschaftlichen Betriebe.

Bäuerinnen und Bauern nehmen eine unverzichtbare Rolle ein: Sie pflegen unsere Kulturlandschaft, bieten hochwertige Produkte von Milch über Obst und Gemüse bis hin zu Fleisch und anderen tierischen Produkten und schaffen die Möglichkeit eines nachhaltigen, lokalen und gesunden Konsums. Doch die Arbeit auf den Höfen, in den Feldern und am Berg ist weit mehr als das. Mäharbeit auf steilen Wiesen, frühmorgens in den Stall zu den Tieren, stundenlang auf dem Feld oder in den Obstgärten und Weinbergen – diese harte Arbeit tun sich immer weniger an. Umso wichtiger ist es, dass wir sie gezielt fördern und unterstützen.

Im Bereich der **Landwirtschaft** werden mit den vorgesehenen 58 Millionen Euro besonders kleinstrukturierte Betriebe nachhaltig unterstützt. Ein Schwerpunkt bildet dabei die Berglandwirtschaft: Investitionsbeihilfen für Milchviehbetriebe, wie Förderungen von Melkrobotern, Heutrocknungsanlagen oder Gülleseparatoren sind nur einige Beispiele. Geplant ist zudem eine Tiergesundheitsprämie, um die Almwirtschaft und im Besonderen die Viehzucht und die Aufzucht von Jungvieh zu unterstützen.

Damit unsere Almen und Höfe auch in Zukunft bewirtschaftet und gepflegt werden, braucht es klare gesetzliche Rahmenbedingungen. Nur so kann sichergestellt werden, dass unsere landwirtschaftlichen Betriebe in den Händen engagierter Bäuerinnen und Bauern bleiben – Menschen, die bereit sind, Verantwortung für unsere einzigartige Kulturlandschaft zu übernehmen und sie nachhaltig zu bewirtschaften.

Mit der Abänderung des Höfegesetzes im Zuge der Wohnbaureform haben wir einen wichtigen Schritt in diese Richtung gesetzt. Künftig darf ein geschlossener Hof nur noch mit Genehmigung der örtlichen Höfekommission erworben werden. Voraussetzung für den Kauf sind das Vorweisen einer aktuellen oder ehemaligen landwirtschaftlichen Tätigkeit sowie eine landwirtschaftliche Ausbildung. Damit rückt die Bewirtschaftung der Höfe wieder stärker in den Mittelpunkt, Spekulationen mit landwirtschaftlichen Immobilien wird entgegengewirkt und der ländliche Raum als Ganzes gestärkt.

Im Einklang mit unseren Nachhaltigkeitszielsetzungen und im Sinne einer Steigerung der Resilienz erarbeitet das für die Forstwirtschaft zuständige Ressort derzeit einen umfassenden Maßnahmenkatalog, um die Schutzfunktion unserer Wälder zusätzlich zu stärken und dauerhaft abzusichern. Damit erfüllen wir die Zielsetzungen des Umwelt-, Landschafts- und Bevölkerungsschutzes, sichern gleichzeitig Einkommen aus der Waldwirtschaft und stärken den ländlichen Raum.

Dass es heute in den meisten noch so kleinen Orten Dorfgasthaus, Bar, Geschäft oder Bäckerei gibt, ist nicht selbstverständlich. Zum Erhalt dieser aus gesellschaftlicher Perspektive wichtigen Orte – das dürfen wir nicht außer Acht lassen – haben auch der **Tourismus** und die vielen Gäste beigetragen. Wir müssen es nun schaffen, die Touristenströme besser zu lenken und besonders jene Gegenden, die touristisch schwach entwickelt sind, gezielt zu unterstützen. Dazu gehören die Eindämmung der Kurzzeitvermietung, die Limitierung von Gästebetten und eine langfristig nachhaltige Entwicklung der touristischen Gebiete.

Das im Rahmen der Wohnreform verabschiedete Gesetz zur Eindämmung der Kurzzeitvermietung, wurde in Rom zwar kurz nach der Verabschiedung im Landtag als verfassungswidrig eingestuft, doch konnte eine Anfechtung mit einer teilweisen Zurücknahme der Einschränkungen vermieden werden. Vermietende müssen nun nicht mehr, wie ursprünglich angedacht, den Wohnsitz an der gleichen Adresse wie die vermieteten Wohnungen aufweisen. Bestehen bleiben jedoch die Auflagen zur Eintragung ins Handelsregister und der facheinschlägigen Ausbildung der Vermietenden.

Zudem soll an einem weiteren Hebel angesetzt werden, indem gemeinsam mit dem Rat der Gemeinden die Regelung der Bettenzuweisung überarbeitet wird. Künftig soll in den Gemeinden die Zuweisung aus den verfügbaren Bettenkontingenten für Privatzimmervermietung zunächst ausschließlich für Zimmervermietung im vom Betreiber selbst bewohnten Haus erfolgen. Damit wollen wir sicherstellen, dass die begrenzte Anzahl von Betten in jeder Gemeinde vorrangig der „traditionellen Privatzimmervermietung“ zugutekommt. Bereits im Gesetz festgehalten ist die Begrenzung auf maximal acht Wohnungen pro Anbieter innerhalb der gleichen Gemeinde.

Es liegt daher an uns, was wir daraus machen.

Und dabei ist jede und jeder Einzelne gefragt.

Im Rahmen der Haushaltsplanung gilt es, verschiedenste Interessen abzuwägen, um Schwerpunkte dort zu setzen, wo das Geld am dringendsten benötigt wird und den größtmöglichen Nutzen aufweist. Dank einer vorausschauenden Finanzpolitik der letzten Jahre verfügen wir auch heuer wieder über genügend Mittel, um alle notwendigen öffentlichen Leistungen zu finanzieren und neue Akzente zu setzen. Wir investieren in Infrastrukturen, in die Gemeinden, in bessere Löhne, in Unterstützungsmaßnahmen für schwächere Bevölkerungsgruppen und in eine nachhaltige Entwicklung unseres Landes.

Dank der Autonomie und den Finanzabkommen haben wir bereits heute viel Gestaltungsspielraum und mit Abschluss der Autonomiereform werden unsere Zuständigkeiten gestärkt und um weitere Handlungsfelder ergänzt. Dadurch haben wir die Werkzeuge in der Hand, die Regeln in unserem Land so zu gestalten, wie wir es brauchen. **Es liegt daher an uns, was wir daraus machen. Und dabei ist jede und jeder Einzelne gefragt.**

Mehr als 200.000 Südtirolerinnen und Südtiroler¹⁴ – und damit fast jede/r Dritte – engagieren sich **ehrenamtlich**, viele davon in mehreren Vereinen aus unterschiedlichen Bereichen. Ohne dieses Engagement, verbunden mit Herzblut und Leidenschaft, würde es einige Dienste im Land in der bestehenden Form gar nicht mehr geben. Die Überarbeitung der Gesetzgebung des Dritten Sektors hin zu weniger Bürokratie und mehr Vereinfachung war daher eine der Prioritäten im Regierungsprogramm.

Mit Genehmigung des Gesetzes zum **Ehrenamt** im Landtag, wurden die Weichen für ein eigenes Landesregister gestellt. Dieses sieht einen vereinfachten Zugang zu Förderungen und Steuererleichterungen im Zuständigkeitsbereich des Landes, eine Verschlinkung der Gesuche, mehr Möglichkeiten der Selbstfinanzierung sowie den Ausbau des Dienstes für das Ehrenamt vor. Noch ausständig ist die Verabschiedung der entsprechenden Durchführungsverordnung, mit welcher die Eintragung ins Landesregister möglich sein wird.

Fleiß, Engagement und der gesellschaftliche Zusammenhalt haben Südtirol zu dem gemacht, was wir heute sind. Diesen Appell richte ich nun an meine verehrten Kolleginnen und Kollegen in der Aula, ans Publikum und an all jene, die online zugeschaltet sind. „Kleine Geste, große Wirkung“ ist das Leitmotiv der aktuellen Initiative für mehr Respekt, welche das Land gemeinsam mit vielen Partnerorganisationen auf die Beine gestellt hat. Respekt beginnt im Kleinen: Werte wie Rücksicht, Empathie, Sicherheit, Geduld, Gerechtigkeit, Mut und Toleranz –

¹⁴ <https://www.landtag-bz.org/de/pressemitteilungen/plenarsitzung-gesetz-zum-ehrenamt-verabschiedet-2025-juli>

so würde man meinen – hätten an Wichtigkeit verloren. Doch sieht man genauer hin, so entfalten besonders die kleinen Gesten im Alltag eine große Wirkung. Unsere Welt kennt bereits genug Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen. **Besinnen wir uns auf das, was wirklich zählt: Respekt und Menschlichkeit.**

*Besinnen wir uns auf das, was wirklich zählt:
Respekt und Menschlichkeit.*

In Südtirol sind wir in der glücklichen Lage, in Frieden und Wohlstand leben zu können.

Dafür steht auch unser Haushalt: Bildung, Soziales, Gesundheit, Nachhaltigkeit, Wohnen und Gemeinden bilden die Schwerpunkte für das kommende Jahr. Nutzen wir die Chancen, die sich uns dadurch bieten und konzentrieren wir uns auf das, was uns als Gesellschaft stark macht: ein von Respekt und Frieden geprägtes Miteinander.

Danke für die Aufmerksamkeit.